



Innen- und Rechtsausschuss  
Der Vorsitzende

Kiel, 8. Januar 2026  
Landeshaus  
Tel. (0431) 988 1143  
(0431) 988 1152  
[Innenausschuss@landtag.ltsh.de](mailto:Innenausschuss@landtag.ltsh.de)

## Kurzbericht

über die 112. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses**

am Mittwoch, dem 7. Januar 2026, 14:00 Uhr  
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

Beginn: 14:05 Uhr

**1. Verfassungsschutzbericht 2024**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache [20/3282](#)

Das Innenministerium berichtet insbesondere zu neueren Entwicklungen seit Vorlage des Berichts. Eine Aussprache schließt sich an. Es folgt ein kurzer vertraulicher Sitzungsteil. Einstimmig nimmt der Ausschuss den Bericht, Drucksache [20/3282](#), abschließend zur Kenntnis.

Ausschuss und Innenministerin kommen überein, dass die Landesregierung in einer der kommenden Sitzungen zu politisch motivierter Kriminalität vor der Bundestagswahl 2025 berichten möge (siehe auch [Niederschrift 20/82](#), TOP 2)

**2. Bericht der Landesregierung zur Einsatzlage der Polizei in der Silvesternacht**

Berichtsantrag des Abgeordneten Niclas Dürbrook (SPD)  
Umdruck [20/5785](#)

Die Innenministerin berichtet, eine kurze Aussprache folgt.

**3. Bericht der Landesregierung über die Kriterien zur Förderung von Schwimm-  
sportstätten aus Mitteln des Gesetzes zur Finanzierung von Infrastrukturin-  
vestitionen von Ländern und Kommunen (LuKIFG)**

Angebot der Landesregierung

Die Innenministerin berichtet und sichert zu, den Sprechzettel dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen.

Der Ausschuss bittet um eine Information über die Empfänger der zu verteilenden 21 Millionen Euro zu gegebener Zeit.

**4. Schwimmstätten-Kataster für Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache [20/3877](#)

**Schwimmsportstätten schnell und unbürokratisch fortsetzen**

Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache [20/3906](#)

Nach einer Verfahrensdiskussion wird der Antrag der Oppositionsfraktionen, schriftliche Stellungnahmen zu den Anträgen anzufordern, mit den Stimmen der regierungs-tragenden Fraktionen abgelehnt.

**5. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache [20/3857](#)

Der Ausschuss beschließt, eine schriftliche Anhörung durchzuführen.

**6. Verschiedenes**

Der Ausschuss kommt überein, zur Anhörung am 21. Januar (Anträge zum KatastrophenSchutz, Drucksache [20/3303](#) und [20/3345](#)) Technisches Hilfswerk, Landesfeuerwehrverband und die kommunalen Landesverbände einzuladen.

Schluss: 16:05 Uhr

gez. Dr. Sebastian Galka